

**Die Würde des Menschen ist der zentrale Wert der Weltgemeinschaft. In der BRD hat sie Verfassungsrang und ist an oberster Stelle in Artikel 1 des Grundgesetzes (GG) kodifiziert:**

**„Die Würde des Menschen ist unantastbar.  
Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller  
staatlichen Gewalt.“ ( Artikel 1; Abs. 1 GG )**

-----  
**Pressemitteilung: 16.09.05**

Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ist auf dem besten Weg gegen alle menschlichen Grundprinzipien zu verstoßen, wenn es um Flüchtlinge und Asylpolitik geht. Seit dem 28.06.05 gilt mit der Einrichtung einer so genannten *Landesgemeinschaftsunterkunft* (s. Ostsee-Zeitung, 27.8.) in Nostorf / Horst bei Boizenburg eine Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und DieLinke.PDS anscheinend nicht mehr. (vgl. PM der A.I.R. 25.8.)

Im Zuge der Verhandlungen zum Zuwanderungskompromiss hatten sich die Regierungsparteien darüber verständigt im Land kein *Ausreisezentrum* zu bauen. „Unter dem Deckmantel *Landesgemeinschaftsunterkunft* werden in Horst allerdings künftig die Flüchtlinge zentralisiert, die für eine baldige Abschiebung vorgesehen sind. Deshalb übernimmt sie die Funktion eines Abschiebelagers.“, so ein Sprecher der *Antirassistischen Initiative Rostock* (A.I.R.).

Innenminister Dr. Gottfried Timm hat nach Aussagen des Landesvorsitzenden und innenpolitischen Sprechers der Linkspartei, Peter Ritter, im Vorfeld unzureichend über die Funktionen der LGU aufgeklärt. Die Zustimmung der Linkspartei erfolgte, ohne eingehende Prüfung, aus Unkenntnis der Sachlage.

Vorläufiger Höhepunkt der Auseinandersetzung ist die Behauptung des Innenministers vom 18.08.05, dass ein *Ausreisezentrum* weder existent noch geplant sei.

Ein Sprecher der A.I.R. dazu: „Das entspricht ganz offensichtlich nicht der Wahrheit. Solch ein faktisches Abschiebelager ist in M-V für Personen vorgesehen, die kurz- bis mittelfristig vor der Abschiebung stehen. Unter den für das Lager vorgesehenen Personen werden indirekt auch Menschen in die LGU eingewiesen, die aus verständlichen Gründen nicht zu der Beschaffung von Reisedokumenten beitragen wollen. (teilweise als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnte oder illegalisiert aufgegriffene Personen) Die eigentliche Zielgruppe von so gen. Ausreisezentren stellen jene Personen dar, die ihrer diesbezüglichen „Mitwirkungspflicht“ nicht nachkommen. Sie werden unter massivem Druck zur *freiwilligen* Ausreise gezwungen. Es geht auch um exakte Begrifflichkeiten, letztendlich aber geht es vor allem um die flüchtlingspolitische Praxis in Mecklenburg-Vorpommern.“

Gegen die Errichtung eines kombinierten Ein- und Ausreiselagers und gegen die Zusammenarbeit der Rot-Roten Regierung M-V's mit der tiefschwarzen Innenbehörde Hamburgs (Innensenator Udo Nagel, parteilos, wurde ehemals durch Ronald Schill nach Hamburg geholt) entwickelt sich bundesweiter Protest. Am 25. September soll ein Aktionstag u.a. vor der Einrichtung in Horst, aber auch in der Landeshauptstadt Schwerin, diese aktuelle, menschenrechtlich zutiefst bedenkliche Entwicklung öffentlich thematisieren.



Die Antirassistische Initiative Rostock möchte sie hiermit über diese Vorgänge in Kenntnis setzen und bittet sie, insbesondere zum Aktionstag am 25.09.05, um eine Berichterstattung. Wir werden ihnen rechtzeitig die bundesweite Erklärung der Pressekoordination der *NoLager-Aktionstour 05 - gegen das europäische und deutsche Lagersystem* übermitteln.

**Am 14.09.** beteiligte sich Mecklenburg-Vorpommern an einer so genannten Sammelrückführung nach Westafrika. Zwei togoische Staatsbürger wurden an das diktatorische Regime ausgeliefert. Entgegen einer Pressemitteilung des Bundesministerium des Innern (Zitat: ...handelte es sich ausschließlich um Personen, deren Abschiebung zuvor bereits an erheblichem Widerstand gescheitert war...), gab es für die Personen aus MV keine vorhergehenden Abschiebeversuche. Herr Fritsch von der Pressestelle des Innenministerium-MV äußerte sich gegenüber Radio LOHRO ([www.lohro.de](http://www.lohro.de)): „Die Aussage des BMI kann ich nicht bestätigen. Die Betroffenen hatten sich auch strafrechtlich nichts zu schulden kommen lassen.“

Eine Presseerklärung zu dieser klar falschen Aussage des BMI und zur Beteiligung MV's an solch einem inhumanen Vorgehen wird seitens der A.I.R. vorbereitet.

mit freundlichen Grüßen

i.A. Falk Schlegel (Antirassistische Initiative Rostock – A.I.R.) Tel.: 0179 / 454 17 28

P.S.: Die genaue Auflistung einiger Dokumente, insbesondere den Briefwechsel zwischen Herrn Ritter und Herrn Timm finden sie unter <http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de>

Auf die Stellungnahme der Antirassistischen Initiative Rostock (A.I.R.) zur Errichtung der LGU mit den genauen Details ist hiermit nochmals hingewiesen: <https://systemausfall.org/wikis/air-pub?LGU>